

Die Leipziger Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 218

Bezugspreis: monatlich 2 G.M. einschließlich Zustellungsgebühr — Sendungen nach dem Ausland: Postabnahme, Steuerpreis und ansonsten Anzeigerpreise: — Einzelhefte 20 Pfennig — Abnahme nach Vereinbarung — Einzelhefte 20 Pfennig — Abnahme nach Vereinbarung — Einzelhefte 20 Pfennig — Abnahme nach Vereinbarung

Halle - Saale

Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile 10 mm breit mit 10 Zeilen 15 Pfennig, Kleinanzeigen 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig, Kleinanzeigen 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig, Kleinanzeigen 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig, Kleinanzeigen 10 mm breit mit 10 Zeilen 10 Pfennig

Sonntag, 20. September 1925

Gefäßkellere Berlin, Bernauer Str. 50, fernruf Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Hehle, Halle-Saale

Polnischer Völkerbundssieg über Danzig

Polens Briefkästenvünsche endgültig respektiert

Der Geist des Völkerbundes

Genf, 19. September.

(Eigener Drahtbericht)

In der Entscheidung über den polnisch-danziger Postkontingent sind die Völkerbundsräte über alle wohl begründeten Einwendungen der Stadt Danzig hinweg und schloß, das Gutachten einer Sachverständigenkommission anzunehmen, das den polnischen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung trägt. Mit dieser Entscheidung erfüllt Polen das Recht, in dem größten Teil der Stadt Danzig einen eigenen Postbetrieb aufzunehmen. Die Verhandlungen des Rates, die über zwei Stunden dauerten, haben erneut den Beweis, daß keine richterlichen Gesichtspunkte, sondern lediglich rein politische Rücksichten den Rat zu diesem Entschluß bewegen. Die Entscheidung des Völkerbundsrates wird zweifellos die Völkerbundstreue in Deutschland einen neuen Stoß verleihen.

Fahms Protest vor dem Völkerbund

Genf, 19. September.

Unter Vorbehalt von Paul Ponceur behandelte heute vor dem Völkerbund die zwei auf der Tagesordnung des Rates stehenden Danziger Fragen. Die Angelegenheit des polnischen Munitionsdopels auf der Westseite wird im wesentlichen im Danziger Sinne geregelt. Der Ostausgang des Gebietes für das polnische Munitionsdopel abzugeben, das bis Ende Oktober an die polnische Regierung zu übergeben ist. In dem Westteil beantragte der Sachverständigenrat Quinones de Leon zur allgemeinen Überzeugung die teilweise teilweise Annahme des Gutachtens der Sachverständigenkommission, das nur drei polnische Briefkästen als außerhalb der Spaltengrenze befähigt betrachtet.

Chrenbürger Hindenburg

Der überreichte Ehrenbürgerbrief Düsseldorf

Düsseldorf, 19. September.

(Eigener Drahtbericht)

Nach der Vorstellung der Reichs- und Kommunalbehörden im Ministeriale der Regierung fuhr der Reichspräsident nach dem Stadion, wo er vom Oberbürgermeister Dr. Lehr mit folgenden Worten begrüßt wurde:

Hochverehrter Herr Reichspräsident! Willkommen in Düsseldorf! Die Nachricht von Ew. Excellenz Besuch ließ in ganz Düsseldorf die Herzen höher schlagen und wenn unter so manchen Rhein-Elbdiener das größte Glück gehabt hätte, er wäre von all denen gefüllt worden, die Ihnen heute begegnen wollen. Wir freuen uns von ganzem Herzen, nach dreizehn Jahren Fremdenstadt auf freiem rechtsrheinischen Boden den obersten Vertreter des Reiches zu begrüßen. Wir bringen durch diese Handgebung unserer Düsseldorfster Bevölkerung der Reichsregierung den Dank zum Ausdruck, daß die durch ihre zielbewußten Schritte diese Jubelfeier ermöglicht ist. Ich begrüße ebenfalls mit Herzlichkeit die Herren Vertreter des Reichs- und Staatsregierens. Wir geloben Ihnen wie bisher alle Kräfte einzusetzen für das höhere Ziel eines neuen Reichs und wieder erflachten Deutschlands. Düsseldorf trägt in Ihnen besonders aber auch seinen Ehrenbürger, dessen Name auch verknüpft ist mit einer unserer wichtigsten und bedeutendsten Lehranstalten, der alten Vereinigung unserer Künstler, die die Ehre hat, Sie zu seinen Mitgliedern zu rechnen. Ich bitte Sie, Herr Reichspräsident, unsere Kundgebung aufzufassen als den Ausdruck unserer tiefempfindlichen Verehrung, als den Ausdruck des Dankes für alles, was Sie für das Vaterland in schwerer Zeit getan haben. Wir jubeln Ihnen zu als dem getreuen Ecksteine des deutschen Volkes. In diesem die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1917 Sie zum Ehrenbürger ernannt hat, war keine Gelegenheit gegeben, Ihnen den Ehrenbürgerbrief her zu reichen. Düsseldorf haben zu überreichen. Indem ich Ihnen diesen heute überreiche, verbinde ich damit den innigen Wunsch, daß Ihr Wirken an der Spitze des deutschen Volkes von reichem Segen begleitet sein möge.

Der Wortlaut des Ehrenbürgerbriefes

Düsseldorf, 19. September.

(Eigener Drahtbericht)

Der Ehrenbürgerbrief der Stadt Düsseldorf, der heute dem Reichspräsidenten überreicht wurde, hat folgenden Wortlaut:

Obwohl die polnische Regierung auch gegen das Gutachten Einwendungen erhoben hatte, erklärte die polnische Vertreter treuherzig mit dem Bericht einverstanden, während Präsident Sabin in längerer Rede sehr energisch dagegen protestierte, da er die Grundlage des Berichtes, obgleich dieses Kommissionsgutachten, in keiner Weise anerkennen könne. Sabin forderte, daß der Völkerbund die ganze Frage zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof im Haag überweisen solle und wies dann später noch darauf hin, daß es durchaus nichts Ungehöriges sei, einem Gerichtshof die Ziehung einer territorialen Grenze zu übertragen. Dies sei sowohl im Hinblick auf Schäden, wenn Danzig dem internationalen Gerichtshof so seine Hoheitsgewalt erweilt, obwohl er in der ersten Instanz gegen Danzig entscheiden habe.

Die Debatte war sehr kurz. Lord Robert Cecil erklärte, daß er und trotzdem die Kommission habe ihre Aufgabe vollständig erfüllt, und nach dem Gutachten des Gerichtshofes sei ganz klar, daß man unter dem Begriff „Dosen“ nicht nur den eigentlichen Dosen mit seinen Mais aufgeführt werden, sondern daß dazu auch ein Teil der städtischen Anlagen gehöre. In welchem Umfange das festzustellen, sei eben Sache der Kommission gewesen, die es sehr gut ausführte habe. Die Sache nochmals an den Gerichtshof zu verweisen, würde nur einen Zeitverlust bedeuten.

Der sächsische Reichsleiter machte darauf aufmerksam, daß der Sachverständigenkommission für die Abgrenzung des Ostengebietes ausdrücklich ein Urteil beigegeben worden sei, und er könne nur sagen, daß er mit der juristischen Begründung des Gutachtens der Kommission und den Erklärungen, die der Reichsleiter Quinones de Leon dazu gegeben habe, durchaus zufrieden sei.

Dagegen nahm der Major in Firma die von Quinones de Leon vorgelegene Resolution an, die den Bericht billigt und die Sachverständigenkommission den Dank des Rates ausdrückt. Damit ist also in der berühmten Briefkästenangelegenheit Danzig vor dem Rat vollständig unterlegen.

Düsseldorf, den 1. Oktober 1917.

Der Oberbürgermeister Dr. Lehr.

Dann folgen die Namen der Beigeordneten und der Stadtverordneten.

Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin

Düsseldorf, 19. September.

Nach der Feier im Stadion fuhr Reichspräsident v. Hindenburg, von ununterbrochenem Jubel begleitet, zum Bahnhof. Sämtliche Kirchenorgeln der Stadt läuteten dem Reichspräsidenten den Abschiedsgruß. Die Abfahrt nach Berlin erfolgte um 12.44 Uhr.

Reichspräsident von Hindenburg berührte heute nachmittags 5.45 Uhr auf seinem Rückreise nach Berlin Hannover, wo ihm von seiner Schwägerin, der Reichspräsidentin ein Blumenkranz überreicht wurde. Der Reichspräsident, der sehr frisch aussehend, wurde vom Publikum herzlich begrüßt. Nach kurzem Aufenthalt fuhr der Zug nach Berlin weiter.

Gescheitertes Bahnprojekt

Wrag, 19. September.

Die wirtschaftlichen Interessenten im Gierland und in Oberfranken planten den Bau einer neuen Bahnverbindung Franzensbad mit dem sächsischen Bayern mit einer etwaigen Verlängerung bis Paretz. Wobei bereits hatte man bereits große Pläne zu der Bezeichnung der Bahn aufgegeben. Man hat die ischisch-polnische Verkehrsverwaltung mitgeteilt, daß sie kein Interesse an dem Bau der Bahn habe.

Dor folgenschweren Entschleifungen

Berlin, 19. September.

(Von unserer Berliner Schriftleitung)

Der Leiter der deutschen nationalen Pressestelle nimmt zu der Einleitung der deutschen nationalen Pressestelle die Frage zur Entscheidung, ob das Stadium der unterrichtlichen Pressefreiheit der Linien gegen die deutschen nationalen Stellung. Davon ausgehend, daß die gesamte Linienpresse mit ihrem Zermeterfeuer von Zensurmaßnahmen aus Genf und mit der damit im Zusammenhang stehenden Pressefreiheit gegen die Parteien der Reichsregierung im Hinblick auf die geforderte Weisung der hinter der Regierung stehenden Parteien an sich selbst und ihren Zielen treu zu machen, um dadurch die

Herbeiführung einer Regierungskrise vorzubereiten und ferner die heftigen Einsparungen den alliierten Regierungen in empfehlende Erinnerung zu bringen, beabsichtigt sich der Verfasser mit den Ergebnissen der internationalen Pressefreiheit zu entscheiden, ob das Stadium der unterrichtlichen Pressefreiheit der Linien gegen die deutschen nationalen Stellung. Davon ausgehend, daß die gesamte Linienpresse mit ihrem Zermeterfeuer von Zensurmaßnahmen aus Genf und mit der damit im Zusammenhang stehenden Pressefreiheit gegen die Parteien der Reichsregierung im Hinblick auf die geforderte Weisung der hinter der Regierung stehenden Parteien an sich selbst und ihren Zielen treu zu machen, um dadurch die

Herbeiführung einer Regierungskrise vorzubereiten und ferner die heftigen Einsparungen den alliierten Regierungen in empfehlende Erinnerung zu bringen, beabsichtigt sich der Verfasser mit den Ergebnissen der internationalen Pressefreiheit zu entscheiden, ob das Stadium der unterrichtlichen Pressefreiheit der Linien gegen die deutschen nationalen Stellung. Davon ausgehend, daß die gesamte Linienpresse mit ihrem Zermeterfeuer von Zensurmaßnahmen aus Genf und mit der damit im Zusammenhang stehenden Pressefreiheit gegen die Parteien der Reichsregierung im Hinblick auf die geforderte Weisung der hinter der Regierung stehenden Parteien an sich selbst und ihren Zielen treu zu machen, um dadurch die

Polnische Nebenluft

Paris, 28. September.

Der polnische Außenminister Straszynski hat gestern mit Briand eine längere Unterredung gehabt. Vor seiner Abreise nach Warschau, die gestern abend erfolgte, hatte Straszynski Mitteilungen über die bisherigen Ergebnisse seiner Verhandlungen in Genf und Paris gemacht. Der polnische Außenminister erklärte, er habe die Heberzeugung gewonnen, daß parallele Verhandlungen auf der kommenden Konferenz stattfinden werden. Chamberlain habe bereits seine Zustimmung zu den gleichzeitigen Verhandlungen über den West- und die östlichen Schiedsverträge erklärt. Er sei der Auffassung, daß diese Verhandlungen in Luzern einen günstigen Boden finden würden. Man hoffe, daß Berlin eine Einverständnis machen werde. Der Generalsekretär des Reichspräsidenten habe gestern mit Straszynski eine Unterredung gehabt, die sehr fruchtbar war. Die bestehende Ungleichheit mit dem Ergebnis der Genfer Verhandlungen richtet sich vor allem gegen die Augenpolitik Dr. Matajas, die in der letzten Zeit immer mehr einen französischen Kurs einnimmt. Straszynski habe Straszynski erklärt, daß Dr. Mataja mit dieser Politik gegenwärtig gewisse Erfolge für Österreich erzielt, mußten die Politiker der Reichsregierung sich fügen, wollten sie sich nicht Komplikationen aussetzen.

Gegen Matajas Franzosenpolitik

Wien, 19. September.

Bundeskanzler Kamek trifft morgen in Wien ein, um dem Ministerpräsidenten die Ereignisse in Genf Bericht zu erstatten. Dann wird er sich mit den Parteiführern besprechen. Die offizielle Berichterstattung an die Parteien des Nationalrates erfolgt am Freitag im Hauptausgang. Die Stimmung in den politischen Kreisen ist auch bei den Reichsleitern sehr zurückhaltend. Die bestehende Ungleichheit mit dem Ergebnis der Genfer Verhandlungen richtet sich vor allem gegen die Augenpolitik Dr. Matajas, die in der letzten Zeit immer mehr einen französischen Kurs einnimmt. Straszynski habe Straszynski erklärt, daß Dr. Mataja mit dieser Politik gegenwärtig gewisse Erfolge für Österreich erzielt, mußten die Politiker der Reichsregierung sich fügen, wollten sie sich nicht Komplikationen aussetzen.

